

<b>Anfrage</b> öffentlich	Datum 27.09.2022	Nummer F0240/22
Absender  <b>Fraktion AfD</b>		
Adressat  Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 06.10.2022	
Kurtitel  Sozialbetrug durch Ukrainer?		

Sehr geehrte Oberbürgermeisterin Borris,

Das deutsche Asylwesen ist hochgradig anfällig für Sozialbetrug. Insbesondere in der Migrationskrise 2015 wurden deutliche Schwächen sichtbar. So meldeten sich Flüchtlinge beispielsweise mit mehreren Identitäten an, um mehrfach Leistungen zu kassieren, oder machten falsche Angaben, um sich Leistungen zu erschleichen.

Gerade wegen der hohen Belastung der Verwaltung durch das derzeitige Migrationsaufkommen aufgrund des Ukraine-Krieges, sowie damit verbundener Sonderregelungen, könnten nun wieder vermehrt Schlupflöcher genutzt werden, um unrechtmäßig Leistungen zu beziehen.

Daher frage ich Sie:

1. Welche Leistungen werden ukrainischen Flüchtlingen in Magdeburg gewährt? Welche gesetzlichen Grundlagen bestehen dafür? Bitte ausführlich und mit jeweiliger Höhe aufschlüsseln.
2. Wie und durch wen wird die jeweilige Leistungsberechtigung überprüft?
3. Wie hoch ist die Anzahl leistungsempfangender Ukrainer in Magdeburg? Bitte nach Art der Leistungsarten aufschlüsseln.
4. Wie werden Leistungen an Ukrainer ausgegeben? Erfolgt die Ausgabe von Geldleistungen in Bar oder als Überweisung? Wird Geld auch auf ukrainische Konten überwiesen?
5. Erhalten ukrainische Flüchtlinge durch die Stadt Wohnsitzauflagen? Wie werden diese Wohnsitzauflagen überprüft? Werden Leistungen auch ohne Wohnsitz in Magdeburg gewährt?
6. Wie erfährt die Stadt davon, dass ukrainische Flüchtlinge in die Ukraine zurückkehren, wenn diese sich nicht selbstständig abmelden? Werden Leistungen weiter gewährt, wenn keine eigenständige Abmeldung erfolgt?
7. Wie wird kontrolliert, ob ukrainische Flüchtlinge die Sicherung ihres Lebensunterhaltes aus eigenem Vermögen bestreiten können?

8. Hat die Stadt Hinweise auf Leistungsbetrug durch ukrainische Flüchtlinge? Wenn ja, auf welche Arten wird betrogen? Erkennt die Stadt selbst Schwachstellen?
9. Wie wird gegen mögliche Betrugstaten vorgegangen? Werden zu viel gezahlte Leistungen zurückgefordert?

Frank Pasemann  
Stadtrat